

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 13. bis 16. Februar 2017

CETA: Endgültige Abstimmung über Handelsabkommen zwischen EU und Kanada

Am Mittwoch wird das Europäische Parlament über das „umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada“ (CETA) debattieren und abstimmen. Diese richtungweisende Vereinbarung, die den Handel mit Waren und Dienstleistungen ankurbeln sowie die Investitionsströme vergrößern soll, kann ohne die Zustimmung des Europäischen Parlaments nicht in Kraft treten.

5

Kanadischer Premier Justin Trudeau spricht vor dem Parlament

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau wird am Donnerstag um ca. 11:30 Uhr eine Rede vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg halten. Trudeau ist der erste kanadische Premierminister, der vor dem Plenum des Europaparlaments spricht.

7

Neues Antiterrorgesetz der EU gegen „ausländische Kämpfer“ und „einsame Wölfe“

Das neue Antiterrorgesetz der EU, über das die Abgeordneten am Dienstag abstimmen, wird die Vorbereitung von terroristischen Handlungen zu einem Straftatbestand machen. So soll zunehmenden Bedrohungen durch „ausländische Kämpfer“, die sich in Konfliktgebieten ausbilden lassen, und „einsame Wölfe“, die Angriffe im Alleingang planen, begegnet werden.

8

Parlament stimmt über obligatorische Kontrollen an EU-Außengrenzen ab

Alle EU-Bürger und Drittstaatsangehörigen, die in die EU ein- oder aus dieser ausreisen, sollen mit Datenbanken, z. B. über verlorene und gestohlene Dokumente, abgeglichen werden. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag steht am Donnerstag zur Abstimmung. Die Vorschriften, auf die sich Parlament und Rat informell geeinigt haben, würden zusätzlich die EU-Staaten verpflichten, zu überprüfen, ob die Reisenden eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung und inneren Sicherheit darstellen.

10

Treibhausgasemissionen: Abstimmung über strengere Grenzwerte

Am Dienstag stimmt das Parlament über eine strengere Begrenzung von Treibhausgasemissionen auf dem EU-Kohlenstoffmarkt (EU-System für den Handel mit Emissionszertifikaten) ab. Um den Preis der Kohlenstoffemissionen zu erhöhen, schlägt die Kommission vor, die Anzahl von CO₂-Zertifikaten, die versteigert werden,

um 2,4 % pro Jahr zu senken, und die Marktstabilitätsreserve für 2019 zu verdoppeln, um die Überzahl von Emissionsberechtigungen aufzufangen. 11

Österreichischer Bundespräsident Van der Bellen spricht vor dem Parlament

Der neugewählte Bundespräsident Österreichs, Alexander Van der Bellen, wird auf einer feierlichen Sitzung Dienstagmittag eine Rede vor dem Plenum halten. Es ist seine erste offizielle Auslandsreise. 12

Griechenland: Aussprache über 86-Milliarden-Hilfsprogramm

Das Parlament wird sich mit dem 86-Milliarden-Euro schweren Hilfsprogramm für Griechenland beschäftigen. Der Druck auf den größten Schuldner Europas und dessen Gläubiger wächst, ihre Differenzen über die Haushalts- und Reformpläne Athens beizulegen. 13

Reform der Europäischen Union

Um die wichtigsten politischen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, das Vertrauen der Bürger wiederherzustellen und die Wirtschaft der Eurozone widerstandsfähiger zu machen, muss die EU das Potenzial des Vertrags von Lissabon voll ausschöpfen und darüber hinaus möglicherweise Reformen einleiten, um ihre Handlungsfähigkeit weiter auszubauen. Dies ist die Kernaussage dreier Entschlüsse über die künftige Entwicklung der EU, die am Donnerstag zur Abstimmung stehen. 14

Pestizide mit geringem Risiko sollen schneller genehmigt werden

Biologische Pestizide mit geringem Risiko als Ersatz für jene, die eine Gefahr für Umwelt und menschliche Gesundheit darstellen, können noch nicht so schnell wie vorgesehen eingesetzt werden, da die Genehmigungsverfahren zu langsam und kompliziert sind. Das werden die Abgeordneten in einer Debatte am Montag unterstreichen und die EU-Kommission auffordern, die bestehenden Vorschriften zu überarbeiten. Am Dienstag stimmen sie über eine entsprechende Entschlüsse ab. 16

Robotik und künstliche Intelligenz: Abgeordnete für EU-weite Haftungsregelungen

Angesichts der rasanten Entwicklung der Technik im Bereich der Robotik seien EU-weite Vorschriften notwendig, um beispielsweise ethische Normen durchzusetzen oder die Haftung bei Unfällen mit fahrerlosen Fahrzeugen zu regeln, sagen die Abgeordneten, die am Mittwoch über eine entsprechende Entschlüsse diskutieren und am Donnerstag darüber abstimmen. 17

Whistleblower: Abgeordnete wollen EU-weiten Schutz für Informanten

Die Abgeordneten fordern ein „wirksames und umfassendes europäisches Schutzprogramm“ für Informanten, das die EU-Kommission „unverzüglich“ vorlegen sollte, um die finanziellen Interessen der EU zu schützen. So steht es in einem Entschlussesentwurf, der am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung steht. 19

Parlament will EU-Kommission zur deutschen Pkw-Maut befragen

Die Abgeordneten fordern, dass die EU-Kommission in einer Debatte am Donnerstagnachmittag erklärt, wie durch den vorgeschlagenen Maut-Deal nun das ursprüngliche Problem - die Diskriminierung aufgrund von Staatsangehörigkeit - wegfallen soll.

20

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

21

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2017-02-13>

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Europarl TV](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

[EP Newshub](#)

[EPRS-Plenar-Podcasts zu den zentralen Themen](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Press Officer

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

☎ +32 498 98 13 45

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Press Officer

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

☎ (+32) 498 98 33 32

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

☎ (+49) 30 2280 1080

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu

CETA: Endgültige Abstimmung über Handelsabkommen zwischen EU und Kanada

Am Mittwoch wird das Europäische Parlament über das „umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada“ (CETA) debattieren und abstimmen. Diese richtungsweisende Vereinbarung, die den Handel mit Waren und Dienstleistungen ankurbeln sowie die Investitionsströme vergrößern soll, kann ohne die Zustimmung des Europäischen Parlaments nicht in Kraft treten.

Mit CETA würden Zolltarife für die meisten Waren und Dienstleistungen wegfallen, und den kanadischen Markt für öffentliche Aufträge öffnen.

Um die Bedenken der Bürger zu zerstreuen, das Abkommen gebe multinationalen Unternehmen zu viel Macht, haben die EU und Kanada ausdrücklich bestätigt, dass das Regelungsrecht der Regierungen gewahrt bleibt.

Auf Drängen des Parlaments wurde das umstrittene Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren (ISDS-System) durch einen [multilateralen Investitionsgerichtshof](#) ersetzt, um zu gewährleisten, dass die Regierungen bei der Auswahl der Schiedsrichter ausschlaggebend sind und die Transparenz erhöht wird.

Abkommen über eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und Kanada

Die Abgeordneten werden voraussichtlich auch dem Abkommen über eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und Kanada zustimmen. Dieses Abkommen ergänzt CETA und soll die bilaterale Zusammenarbeit bei einer breiten Palette von nicht handelsbezogenen Anliegen fördern, etwa in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, Bekämpfung von Terrorismus oder organisiertem Verbrechen, nachhaltige Entwicklung oder bei Forschung und Kultur.

Hintergrundinformationen

Die CETA-Verhandlungen haben im Mai 2009 begonnen und wurden im September 2014 abgeschlossen. Am 30. Oktober 2016 haben die EU und Kanada das Abkommen unterzeichnet. Im Jahr 2015 hat die EU Waren aus Kanada im Wert von 28,3 Milliarden Euro importiert, und Waren im Wert von 35,2 Milliarden Euro nach Kanada exportiert. Es wird erwartet, dass diese

Zahl um 20% ansteigt, wenn das Abkommen vollständig in Kraft sein wird.

Debatte: Mittwoch, den 15. Februar

Abstimmung: Mittwoch, den 15. Februar

Verfahren: Zustimmungsverfahren

Pressekonferenz: Mittwoch, den 15. Februar 14:00-14:30 Uhr mit CETA-Berichterstatter Artis Pabriks (EVP, LT), dem INTA-Ausschussvorsitzenden Bernd Lange (S&D, DE) und der EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström

#CETA

Weitere Informationen

[„Trade Committee MEPs back EU-Canada agreement“ - Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(24.01.2017, auf Englisch\)](#)

[Vollständiger Text des CETA-Abkommens \(auf Englisch\)](#)

[Fragen und Antworten \(EU-Kommission\) \(April 2016, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: “Comprehensive Economic and Trade Agreement \(CETA\) with Canada” \(Januar 2017, auf Englisch\)](#)

[“This trade deal is based on best practices on both sides of the Atlantic” - Facebook-Interview mit Berichterstatter Artis Pabriks \(EVP, LT\) vom 23. Januar 2017 \(auf Englisch\)](#)

[Berichterstatter Artis Pabriks \(EVP, LV\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten CETA](#)

[EP rapporteur Charles Tannock \(EKR, UK\)](#)

[Abkommen über eine strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Kanada andererseits](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten SPA](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Kanadischer Premier Justin Trudeau spricht vor dem Parlament

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau wird am Donnerstag um ca. 11:30 Uhr eine Rede vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg halten. Trudeau ist der erste kanadische Premierminister, der vor dem Plenum des Europaparlaments spricht.

Der Besuch findet am Tag nach der endgültigen Abstimmung des Parlaments über das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) statt.

Trudeau wird voraussichtlich die Führungsrolle Kanadas beim fortschrittlichen Handel und bei Investitionen hervorheben und unterstreichen, wie die Durchsetzung des CETA-Abkommens Jobs schaffen, den gemeinsamen Wohlstand stärken und zum Wachstum der Mittelklasse beitragen wird.

#Canada #CETA

@CanadianPM@JustinTrudeau

Weitere Informationen

[Webseite des kanadischen Premierministers](#)

[Pressemitteilung von Premierminister Trudeau zum Besuch in Straßburg](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Neues Antiterrorgesetz der EU gegen „ausländische Kämpfer“ und „einsame Wölfe“

Das neue Antiterrorgesetz der EU, über das die Abgeordneten am Dienstag abstimmen, wird die Vorbereitung von terroristischen Handlungen zu einem Straftatbestand machen. So soll zunehmenden Bedrohungen durch „ausländische Kämpfer“, die sich in Konfliktgebieten ausbilden lassen, und „einsame Wölfe“, die Angriffe im Alleingang planen, begegnet werden.

Die neuen Vorschriften, auf die sich Parlament und Rat im November 2016 geeinigt haben, werden folgende Vorbereitungshandlungen unter Strafe stellen: Auslandsreisen für terroristische Zwecke und Rückkehr in die EU, die Anwerbung oder Ausbildung für terroristische Zwecke, die öffentliche Anstiftung zu terroristischen Handlungen, die Befürwortung von Terrorismus, sei es direkt oder indirekt, etwa durch die Verherrlichung terroristischer Handlungen, oder durch die Bereitstellung von Finanzmitteln für terroristische Straftaten.

Das neue Gesetz schließt auch Bestimmungen zum Schutz der Opfer von Terroranschlägen ein, um zu gewährleisten, dass die Opfer und ihre Familien im Fall eines Anschlags ohne Verzögerung Unterstützung erhalten.

Das Verhandlungsteam des Parlaments konnte auch sicherstellen, dass erstmals die Mitgliedstaaten zum Austausch von Informationen über Strafverfahren verpflichtet sind, wenn so künftige Anschläge verhindert oder laufende Ermittlungen oder Verfahren unterstützt werden können.

Hintergrundinformationen

Die neue Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung wird den Rahmenbeschluss des Rates ([2002/475/JHA](#)) ersetzen, um mit den neuesten Entwicklungen und Bedrohungen (wie zum Beispiel durch ausländische Kämpfer oder „einsame Wölfe“) Schritt zu halten, aber auch, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten internationale Verpflichtungen und Standards wie die [Resolution 2178 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen](#) oder das [Zusatzprotokoll zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus](#) einhalten.

Die Mitgliedstaaten müssen die neuen Vorschriften binnen 18 Monaten zur Anwendung kommen lassen. Für das Vereinigte Königreich und Irland gelten sie nicht. Die beiden Länder können jedoch die EU-Kommission informieren, wenn sie sich entschließen, die Regeln auch anzuwenden. Dänemark ist nicht von der Richtlinie betroffen.

Debatte: Mittwoch, den 15. Februar

Abstimmung: Donnerstag, den 16. Februar

Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Pressekonferenz: Mittwoch um 16:30 Uhr mit der Berichterstatterin sowie Vertretern der EU-Kommission und der maltesischen Ratspräsidentschaft

#Eu #counterterrorism

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf über den Vorschlag für eine zur Terrorismusbekämpfung](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(05.12.2016\)](#)

[Berichterstatterin Monika Hohlmeier \(EVP, DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten:](#)

[EP-Hintergrundinformationen "Combating terrorism" \(auf Englisch, Juli 2016\)](#)

[Tendenz- und Lagebericht der EU über den Terrorismus 2016 \(Europol-Bericht, auf Englisch\):](#)

Parlament stimmt über obligatorische Kontrollen an EU-Außengrenzen ab

Alle EU-Bürger und Drittstaatsangehörigen, die in die EU ein- oder aus dieser ausreisen, sollen mit Datenbanken, z. B. über verlorene und gestohlene Dokumente, abgeglichen werden. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag steht am Donnerstag zur Abstimmung. Die Vorschriften, auf die sich Parlament und Rat informell geeinigt haben, würden zusätzlich die EU-Staaten verpflichten, zu überprüfen, ob die Reisenden eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung und inneren Sicherheit darstellen.

Der Vorschlag würde den [Schengener Grenzkodex](#) abändern und wurde im Dezember 2015 von der EU-Kommission vorgelegt. Es handelt sich dabei um eine Reaktion auf terroristische Bedrohungen in der EU, insbesondere auf die der „ausländischen Kämpfer“ aus der EU, die sich Terrororganisationen wie dem IS in Syrien und im Irak anschließen wollen.

Debatte: Mittwoch, den 15. Februar

Abstimmung: Donnerstag, den 16. Februar

Pressekonferenz: Mittwoch, den 15. Februar um 14:30 Uhr

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(21.06.2016, auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat \(05.12.2016, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatteerin Monica Macovei \(EKR, RO\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Merkblatt der EU-Kommission: "Systematische Kontrollen an den Außengrenzen"](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Schengen and the management of EU's external borders" \(auf Englisch\)](#)

[EuroparITV-Video: „Können verstärkte Außengrenzenkontrollen radikalisierte Kämpfer aufhalten?“](#)

Treibhausgasemissionen: Abstimmung über strengere Grenzwerte

Am Dienstag stimmt das Parlament über eine strengere Begrenzung von Treibhausgasemissionen auf dem EU-Kohlenstoffmarkt (EU-System für den Handel mit Emissionszertifikaten) ab. Um den Preis der Kohlenstoffemissionen zu erhöhen, schlägt die Kommission vor, die Anzahl von CO₂-Zertifikaten, die versteigert werden, um 2,4 % pro Jahr zu senken, und die Marktstabilitätsreserve für 2019 zu verdoppeln, um die Überzahl von Emissionsberechtigungen aufzufangen.

In ihren Änderungsanträgen befürworten die Abgeordneten, den sogenannten „linearen Verringerungsfaktor“ (jährliche Verringerung der Emissionsgutschriften zur Durchsetzung der CO₂-Senkung) zu erhöhen, und zwar um 2,4 % anstatt von 2,2 %, wie es die EU-Kommission vorschlägt.

Die Abgeordneten wollen ebenfalls die Marktstabilitätsreserve in die Lage versetzen, die Überzahl von Emissionsgutschriften aufzufangen. Sie sollte so bis zu 24 % der überzähligen Gutschriften in jedem Versteigerungjahr auffangen – in den ersten vier Jahren. Das entspricht dem Doppelten ihrer aktuellen Kapazität. Die Abgeordneten sind sich ebenfalls darüber einig, dass 800 Millionen Zertifikate am 1. Januar 2021 aus der Marktstabilitätsreserve gelöscht werden sollen.

Debatte: Montag, den 13. Februar

Abstimmung: Mittwoch, den 15. Februar

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung

#EUETS

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(15.12.2016\)](#)

[Berichtersteller Ian Duncan \(EKR, UK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Österreichischer Bundespräsident Van der Bellen spricht vor dem Parlament

Der neugewählte Bundespräsident Österreichs, Alexander Van der Bellen, wird auf einer feierlichen Sitzung Dienstagmittag eine Rede vor dem Plenum halten. Es ist seine erste offizielle Auslandsreise.

Der frühere Vorsitzende der österreichischen Grünen Alexander Van der Bellen, 73, hat sich als unabhängiger Kandidat um das Amt des Bundespräsidenten beworben und kam als zweiter von sechs Kandidaten in die Stichwahl gegen Norbert Hofer, ein Mitglied der Freiheitlichen Partei Österreichs. Am 4. Dezember ging Van der Bellen als Sieger aus der Bundespräsidentenwahl hervor.

Van der Bellen wurde in Österreich als Sohn russisch-estnischer Eltern geboren, die vor dem Stalin-Regime geflohen waren. Bevor er hauptberuflich in die Politik ging, war er Professor für Volkswirtschaft an der Universität Wien.

Feierliche Sitzung: Dienstag, den 14. Februar

[@vanderbellen](#)

Weitere Informationen

[Webseite des Bundespräsidenten](#)

Griechenland: Aussprache über 86-Milliarden-Hilfsprogramm

Das Parlament wird sich mit dem 86-Milliarden-Euro schweren Hilfsprogramm für Griechenland beschäftigen. Der Druck auf den größten Schuldner Europas und dessen Gläubiger wächst, ihre Differenzen über die Haushalts- und Reformpläne Athens beizulegen.

Anfang dieser Woche hat eine der am Hilfsprogramm beteiligten Parteien, der Internationale Währungsfonds, eine düstere Bewertung über Griechenlands Wirtschaft und seine Fähigkeit, die Schulden ohne eine umfassende Umschuldung zu begleichen, vorgelegt. Brüssel und Athen haben die Einschätzung als „übertrieben pessimistisch“ kritisiert.

Die EU-Institutionen wollen die Uneinigkeiten über das Hilfsprogramm beilegen, bevor die Eurogruppe am 20. Februar zusammenkommt – eines der letzten Treffen der Finanzminister vor den Wahlen in den Niederlanden und später im Jahr in Frankreich und Deutschland.

Debatte: Dienstag, den 14. Februar

Verfahren: Erklärung der EU-Kommission mit anschließender Debatte

#Greece

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Reform der Europäischen Union

Um die wichtigsten politischen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, das Vertrauen der Bürger wiederherzustellen und die Wirtschaft der Eurozone widerstandsfähiger zu machen, muss die EU das Potenzial des Vertrags von Lissabon voll ausschöpfen und darüber hinaus möglicherweise Reformen einleiten, um ihre Handlungsfähigkeit weiter auszubauen. Dies ist die Kernaussage dreier Entschlüsse über die künftige Entwicklung der EU, die am Donnerstag zur Abstimmung stehen.

Die erste Entschließung von Mercedes Bresso (S&D, IT) und Elmar Brok (EVP, DE) befasst sich damit, wie das Potenzial des Vertrags von Lissabon voll ausgeschöpft werden kann. Sie unterstreicht die Vorteile der Arbeitsmethoden der Union (Gemeinschaftsmethode) gegenüber der zwischenstaatlichen Methode und schlägt vor, dass der Europäische Rat (Staats- und Regierungschefs) bei seiner Rolle, die allgemeinen politischen Leitlinien festzulegen, bleiben sollte und die Ausarbeitung und Verabschiedung von Rechtsvorschriften, also den gesetzgeberischen Alltag, dem Rat der EU (Minister) und dem Europäischen Parlament überlassen sollten.

Die zweite Entschließung, von Guy Verhofstadt (ALDE, BE), hebt hervor, dass verschiedene Krisen gezeigt haben, dass die EU nicht schnell und wirksam genug auf außergewöhnliche Herausforderungen reagieren kann. Der Text untersucht die Möglichkeit, weiter zu gehen, als dies die bestehenden Instrumente erlauben, indem der Vertrag von Lissabon grundlegend überarbeitet wird.

In der dritten Entschließung befassen sich Reimer Böge (EVP, DE) und Pervenche Berès (S&D, FR) mit dem Mangel an Konvergenz, politischer Zusammenarbeit und politischer Mitverantwortung („Ownership“) in der Eurozone. Sie schlagen in dem Text eine Konvergenzstrategie vor, die sich auf Arbeitsmärkte, Investitionen, Produktivität und den sozialen Zusammenhalt konzentrieren soll, sowie eine von den betroffenen Mitgliedstaaten finanzierte Eurozonen-Haushaltskapazität für die genannten Zwecke.

Die erwähnten Vorschläge sind Teil eines Pakets, mit dem der Standpunkt des Europäischen Parlaments angesichts der Zukunft der EU deutlich werden soll – rechtzeitig zum 60. Jahrestag der römischen Verträge.

Debatte: Dienstag, den 14. Februar

Abstimmung: Donnerstag, den 16. Februar

Verfahren: Nichtlegislative Entschlüsse

#EUBudget #eurozone

Weitere Informationen

Berichtsentwurf über die Verbesserung der Funktionsweise der EU durch Ausschöpfung des Potenzials des Vertrags von Lissabon

Berichtsentwurf über mögliche Entwicklungen und Anpassungen der derzeitigen institutionellen Struktur der EU

Berichtersteller Elmar Brok (EVP, DE)

Berichterstellerin Mercedes Bresso (S&D, IT)

Berichtersteller Guy Verhofstadt (ALDE, BE)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten (Brok/Bresso)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten (Verhofstadt)

Audiovisuelles Material für Medienschaffende

Pestizide mit geringem Risiko sollen schneller genehmigt werden

Biologische Pestizide mit geringem Risiko als Ersatz für jene, die eine Gefahr für Umwelt und menschliche Gesundheit darstellen, können noch nicht so schnell wie vorgesehen eingesetzt werden, da die Genehmigungsverfahren zu langsam und kompliziert sind. Das werden die Abgeordneten in einer Debatte am Montag unterstreichen und die EU-Kommission auffordern, die bestehenden Vorschriften zu überarbeiten. Am Dienstag stimmen sie über eine entsprechende Entschließung ab.

In dem Entschließungsentwurf betonen die Abgeordneten, dass der Einsatz von herkömmlichen Pflanzenschutzmitteln aufgrund der Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt immer umstrittener wird. Zur Zeit sind nur sieben Wirkstoffe – davon sechs biologische Wirkstoffe – als „Wirkstoffe mit geringem Risiko“ von der Union genehmigt worden.

Die Abgeordneten fordern die Kommission dazu auf, noch vor Ende 2018 einen Legislativvorschlag vorzulegen, um den Bewertungs-, Zulassungs- und Eintragungsprozess von biologischen Pestiziden mit geringem Risiko zu beschleunigen.

Debatte: Montag, den 13. Februar

Abstimmung: Dienstag, den 14. Februar

Verfahren: Anfrage zur mündlichen Beantwortung mit Entschließung

#pesticides

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: “Pesticide legislation in the EU – towards sustainable use of plant protection products” \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: “Renewal of the authorisation of the use of the herbicide substance glyphosate” \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Robotik und künstliche Intelligenz: Abgeordnete für EU-weite Haftungsregelungen

Angesichts der rasanten Entwicklung der Technik im Bereich der Robotik seien EU-weite Vorschriften notwendig, um beispielsweise ethische Normen durchzusetzen oder die Haftung bei Unfällen mit fahrerlosen Fahrzeugen zu regeln, sagen die Abgeordneten, die am Mittwoch über eine entsprechende Entschließung diskutieren und am Donnerstag darüber abstimmen.

In dem Entschließungsentwurf drängen die Abgeordneten die EU-Kommission dazu, Regeln für Robotik und künstliche Intelligenz vorzulegen, um das wirtschaftliche Potenzial in diesem Bereich in vollem Umfang ausschöpfen und Sicherheitsstandards garantieren zu können.

In dem Entwurf heben sie hervor, dass Gesetzesvorschläge dringend notwendig seien, um Haftungsfragen zu klären, insbesondere bei selbstfahrenden Autos. Sie fordern eine Pflichtversicherung und einen Zusatzfonds, um zu gewährleisten, dass Opfer von Unfällen mit fahrerlosen Autos vollständig entschädigt werden können.

Die Abgeordneten fordern die Kommission weiterhin auf, die Benennung einer Europäischen Agentur für Robotik und Künstliche Intelligenz in Betracht zu ziehen, damit das erforderliche technische, ethische und regulatorische Fachwissen für die Behörden zur Verfügung steht.

Debatte: Mittwoch, den 15. Februar

Abstimmung: Donnerstag, den 16. Februar

Verfahren: Legislativentschließung

Pressekonferenz: Mittwoch, den 15. Februar um 15:30 Uhr mit der Berichterstatterin Mady Delvaux (S&D, LU)

#AI

Weitere Informationen

Entschließungsentwurf mit Empfehlungen an die Kommission zu zivilrechtlichen Regelungen im Bereich Robotik

Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss (12.1.2017)

Berichterstatter: Mady Delvaux (S&D, LU)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten

EP-Hintergrundinformationen: "European Civil Law Rules in Robotics" (auf Englisch)

EP-Hintergrundinformationen: "How will robots change our lives?" (auf Englisch)

Whistleblower: Abgeordnete wollen EU-weiten Schutz für Informanten

Die Abgeordneten fordern ein „wirksames und umfassendes europäisches Schutzprogramm“ für Informanten, das die EU-Kommission „unverzüglich“ vorlegen sollte, um die finanziellen Interessen der EU zu schützen. So steht es in einem Entschließungsentwurf, der am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung steht.

Das Schutzprogramm solle Mechanismen für Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und gemeinnützige Organisationen umfassen, sagen die Abgeordneten. Sie fordern weiterhin eine unabhängige Stelle auf EU-Ebene, die in den Mitgliedstaaten mit Büros vertreten sein sollte, um interne und externe Hinweisgeber dabei zu unterstützen, „die richtigen Kanäle für die Offenlegung der Informationen über mögliche Missstände im Zusammenhang mit den finanziellen Interessen der Union zu nutzen.“

Debatte: Montag, den 13. Februar

Abstimmung: Dienstag, den 14. Februar

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

[#EUTransparency](#)

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf zu der Rolle von Informanten beim Schutz der finanziellen Interessen der EU](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(09-01-2017\)](#)

[Pressemitteilung: "EU must provide legal protection to whistle-blowers, urge MEPs" \(Plenardebatte, 07-07-2016, auf Englisch\)](#)

[Berichtersteller Dennis de Jong \(GUE/NGL, NL\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Parlament will EU-Kommission zur deutschen Pkw-Maut befragen

Die Abgeordneten fordern, dass die EU-Kommission in einer Debatte am Donnerstagnachmittag erklärt, wie durch den vorgeschlagenen Maut-Deal nun das ursprüngliche Problem - die Diskriminierung aufgrund von Staatsangehörigkeit - wegfallen soll.

Das zentrale Anliegen der EU-Kommission hinsichtlich des vorgeschlagenen Gesetzes sei gewesen, dass ausländische Fahrzeughalter diskriminiert würden, da in Deutschland ansässige Autofahrer von Kfz-Steuererleichterungen, die exakt dem Betrag der Maut entsprechen, profitieren sollten, unterstreichen die 43 Abgeordneten, die die [mündliche Anfrage](#) eingereicht haben.

Infolge einer mit Deutschland am 1. Dezember 2016 erzielten Einigung hat die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren ausgesetzt, doch der abgeänderte Vorschlag Deutschlands bedeutet, dass nach wie vor nur ausländische Nutzer die deutsche Maut tatsächlich zahlten, so die Abgeordneten.

Debatte: Donnerstag, den 16. Februar

Abstimmung: Auf einer späteren Plenarsitzung

Verfahren: Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission

#Germany #EUTransport

Weitere Informationen

[Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission zum überarbeiteten Plan Deutschlands, eine Straßenmaut einzuführen](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Bericht 2016 über Albanien - *Bericht: Knut Fleckenstein, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Aussichten für die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen im Nahen Osten, *Erklärung der EU-Außenbeauftragten, Debatte Dienstag*
- Sicherheitslage in der Ostukraine, *Erklärung der EU-Außenbeauftragten, Debatte Dienstag*
- Investitionen in Beschäftigung und Wachstum – Maximierung des Beitrags der europäischen Struktur und Investitionsfonds - *Bericht: Lambert van Nistelrooij, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Luftfahrtstrategie für Europa - *Bericht: Pavel Telička(INI), Debatte und Abstimmung Donnerstag*
- Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik der EU - *Bericht: Tibor Szanyi(INI), Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Bankenunion – Jahresbericht 2016 - *Bericht: Danuta Maria Hübner (INI), Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit EU/Mongolei - *Bericht: Helmut Scholz (CNS), Abstimmung Mittwoch*
- Partnerschaftliches Abkommen über nachhaltige Fischerei EU/Cookinseln - *Bericht: João Ferreira (CNS), Abstimmung Dienstag*
- Europäische Cloud-Initiative - *Bericht: Jerzy Buzek(INI), Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Kontrollmaßnahmen für die neue psychoaktive Substanz Methyl 2-[[1-(cycloheptylmethyl)-1H-indol-3-carbonyl]amino]-3 – *Bericht: Lorenzo Fontana, Abstimmung Dienstag*